

**Christa Randzio-Plath/Bernhard Friedmann, Unternehmen Osteuropa – eine Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft. Zur Notwendigkeit einer EG-Ostpolitik, Nomos Verlag, Baden-Baden 1994, 255 S.**

„Europa, das kann man nicht oft genug wiederholen, ist kein Ort, sondern eine Idee...“, so schrieb Bernard-Henri Lévy Anfang 1995 in „Le Point“. Symbolisiert wird diese Idee mehr und mehr durch die Europäische Union. Seit den großen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa sieht sich die Institution EU vor einer besonderen Herausforderung: ihrer eigenen Stabilisierung und der Integration der postkommunistischen Staaten (MOE) in die (west-) europäische Wirtschafts- und Staatengemeinschaft.

Als *Christa Randzio-Plath* und *Bernhard Friedmann* ihr „Unternehmen Osteuropa“ vorlegten, hieß die wichtigste europäische Institution zwar noch EG, aber an der Notwendigkeit einer Ostpolitik hat sich auch bei der Namensnachfolgerin EU nichts geändert. Obgleich viele Menschen in Osteuropa nicht wissen, was sich hinter diesem magischen Kürzel verbirgt, so scheint ihnen eine Annäherung an Europa heute mehr denn je der rettende Weg aus der Krise zu sein. Jacques Delors bringt es bereits im Vorwort „Herausforderung Osteuropa“ auf den Punkt: Für die EU geht es heute nicht mehr um Wandel durch Annäherung, sondern um Annäherung als Folge des Wandels.

Anders als in puncto NATO-Ost-

erweiterung steht man einer EU-Osterweiterung zwischen Warschau, Moskau und Sofia fast einmütig positiv gegenüber. Chance oder Dilemma für die Union? Sicher, Brüssel möchte gern ein Wörtchen mitreden, wenn es um die Transformation der ehemals sozialistischen Bruderstaaten geht. Doch wie steht es um die Bereitschaft der EU, sich für die MOE-Staaten zu öffnen? Hat die Union nicht genug Probleme auf sich geladen, als sie Anfang der achtziger Jahre wirtschaftlich so schwache Staaten wie Spanien und Portugal in ihren Kneis aufnahm? Ist nicht der Problemsektor Landwirtschaft bereits jetzt außer Kontrolle geraten?

Sehen Optimisten auch Anzeichen für eine Gesundung der Wirtschaft in Polen oder in Ungarn, so sind die MOE-Länder doch auch in den nächsten Jahren noch nicht „EU-fähig“. Der Zusammenbruch des osteuropäischen Marktes traf sie, und angeblich auch den Westen, völlig unvorbereitet, und die Last, die die MOE-Länder daran tragen, wiegt noch immer schwer.

Die Absicht von *Randzio-Plath* und *Friedmann*, in zehn Kapiteln die Notwendigkeit einer Ostpolitik für die Europäische Union nachzuweisen, ist äußerst lobenswert. Allein, ihre ausführliche Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und (sozial-)politischen Lage in den Transformationsstaaten birgt ein großes Risiko in sich: Die Angaben verfallen schneller, als die Drucker-schwärze des Buches getrocknet ist. Dies betrifft vor allem die politischen Akteure und statistische Angaben. Alle mal hilfreich sind indes die Untersuchungen der Autoren über die verschie-

denen Formen der Privatisierung, die sich insgesamt als nicht sehr erfolgreich herausgestellt haben.

In engem Zusammenhang mit dem Tempo der Privatisierung, insbesondere von Staatsbetrieben, steht die allgemeine wirtschaftliche Umgestaltung überhaupt: Das Heer der Arbeitslosen wächst allerorten, und dabei ist die Privatisierung großer Staatsbetriebe in vielen Ländern noch nicht einmal Realität geworden. Bedenkt man, daß sich allein in der Ukraine im Jahre 1995 etwa 4,5 Millionen Arbeitnehmer im „Zwangsurlaub“ befanden<sup>1</sup>, so können die offiziellen Arbeitslosenstatistiken oft nicht für bare Münze genommen werden: Verdeckte Arbeitslosigkeit und Schattenwirtschaft nehmen exorbitante Ausmaße an. Die zögernde wirtschaftliche Umgestaltung geht einher mit gravierenden Veränderungen im sozialen Gefüge. Zu Recht verweisen die Verf. auf die Lage der Frauen in den Transformationsstaaten: Trugen diese in sozialistischen Zeiten noch doppelte Verantwortung, d.h. in Berufs- und Familienleben, so gehören die Frauen heute oft zu den Opfern der „Revolutionen“. Die Bereiche, in denen Frauen verstärkt tätig waren, erfuhr als erste gravierende Kürzungen, und viele Frauen kommen nun nur schwer mit dem Gefühl der beruflichen Überflüssigkeit zurecht. Zudem gibt es in einigen osteuropäischen Ländern ganz deutlich Bestrebungen, die Gesundung der Wirtschaft auf Kosten der Frauen zu realisieren.

Beipflichten muß man den Autoren auch, wenn sie darauf verweisen, daß man die Hilfe für Osteuropa nicht mit

dem Marshallplan vergleichen kann und mit einem solchen auch keine stabilen wirtschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa erreicht würden. Osteuropa braucht Hilfe, aber vor allem Handel. Noch für viele Jahre werden jedoch die Produkte der MOE-Länder aus verschiedenen Gründen nicht mit denen im Westen konkurrieren können. Mit Schutzklauseln wollen sich EU- bzw. EFTA-Staaten gegen Billigexporte u.a. im Landwirtschafts- und Stahlsektor absichern. Die wirtschaftliche Zukunft der osteuropäischen Länder wird aber vor allem auch durch den Handel untereinander bestimmt. Für die Europäische Union sollte deswegen eine wichtige Aufgabe darin gesehen werden, die Rahmenbedingungen für eine Wiederbelebung des „osteuropäischen Binnenmarktes“ zu verbessern.

Eine gemeinsame Ostpolitik der EU-Akteure ist derzeit nicht in Sicht, zu stark sind die nationalen Interessen derer, die den Motor der EU bilden. Die EU wird nicht darum herumkommen, nach Alternativen zu einer möglichen Mitgliedschaft der MOE-Länder zu suchen (Stichwort Freihandelszonen). Für *Randzio-Plath* und *Friedmann* bleibt die EU-Osterweiterung Zukunftsmusik, solange die Europäische Union noch nicht zu ihrem solidarischen Charakter und ihrer Partnerschaftsfähigkeit (zurück-)gefunden hat.

Bis wohin die Europäische Union bzw. die Vereinigten Staaten von Europa einmal reichen werden, das vermag heute noch niemand zu sagen: Bei Polen und Ungarn gibt es kaum Zweifel. Wie aber steht es mit Albanien, Weißrußland, der Ukraine und dem rie-

sigen Rußland? Möglicherweise wird die Europäische Union in einigen Jahrzehnten etwa 35 Mitglieder haben, in denen zwischen Atlantik und Ural ca. 500 Millionen Menschen leben. Bis dahin aber wird zumindest für die Menschen in Tambow, Gomel und Irpen „Europa“ ein wundersamer, ferner Ort bleiben...

Andrej A. Gross

- 1 Vgl. A. Ott, Zur sozialen Lage in der Ukraine, in: Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 17/1996, S. 4.

**Jörn Rüsen, Konfigurationen des Historismus. Studien zur deutschen Wissenschaftskultur, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1993, 422 S.**

Der Historismus ist sowohl wissenschaftsgeschichtlich als eine spezifische Wissenschaftsepoche als auch wissenschaftstheoretisch hinsichtlich des Selbstverständnisses historischer Wissenschaft seit längerem auf vielfältiges Interesse gestoßen. Beiden Aspekten der gegenwärtigen Debatten um den Wissenschaftscharakter der Geschichte geht *Rüsen* in der vorliegenden Sammlung nach, die überarbeitete Aufsätze aus den Jahren 1970 bis 1990 konzeptionell vereinigt. In ihnen verfolgt er das Ziel, über einen strukturge-schichtlichen Ansatz eine theoriege-

leitete Historiographiegeschichte zu konzipieren, die zugleich in Form einer systematisch formulierten Historik die Funktion einer Grundlagenreflexion in der Geschichtswissenschaft erfüllt.

In einem ersten Teil wendet sich *Rüsen* den Strukturelementen des Historismus unter der Problemstellung seines Erkenntnisprinzips zu. Er analysiert strukturgenetisch den Übergang von der Aufklärung zum Historismus an der Wende des 18./19. Jhs., erläutert Formen, Phasen und Grundzüge von Theorien im Historismus und untersucht am Beispiel der Geschichtsschreibung Rankes das Problem des historischen Erzählens zwischen Kunst und Wissenschaft. Den zentralen Rahmen dieser Beiträge bildet der Verwissenschaftlichungsprozeß des historischen Denkens, der im späten 18. Jh. einsetzte. Verwissenschaftlichung wird dabei an einem Bündel kognitiver Faktoren gemessen, das in seiner Gesamtheit von Orientierungsbedürfnissen für die Gegenwart, leitenden Hinsichten auf die Vergangenheit, Regeln der Forschung, Formen der Darstellung und Funktionen historischen Wissens die „disziplinäre Matrix“ der Geschichtswissenschaft beschreibt. Als maßgebliches Prinzip seit der Neuzeit gilt dabei die Methode. Die systematische Erklärung und diskursive Begründung dieser fünf Faktoren lassen das historische Denken als einen Prozeß der Paradigmatisierung erscheinen, der nicht nur den Strukturwandel von der Aufklärung zum Historismus erklärt, sondern zugleich eine allgemeine Tendenz der Entwicklung des historischen Denkens darstellt, durch die Wissen-